

Geld alleine reicht nicht aus

Chancen und Risiken der Budgethilfe als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit

Mit Budgethilfe die Ziele der Entwicklungshilfe erreichen, so lautet die Hoffnung vieler europäischer Geberländer. Bei der Anwendung des Instruments ist indes Vorsicht geboten.

Valerie Zaslowski

Seit es sie gibt, ist sie umstritten: die Entwicklungspolitik. Die Kluft zwischen ihren hohen Ansprüchen – beispielsweise die Armut bis 2015 um die Hälfte zu reduzieren – und der oft unzureichenden Umsetzung wird immer stärker wahrgenommen. Doch auch wenn das Bewusstsein für das Problem der Wirksamkeit in den vergangenen Jahren gewachsen ist, gibt es in der Frage, wie die Entwicklungszusammenarbeit ihre Ziele erreichen kann, keinen Konsens.

Kein «Allheilmittel»

Bereits seit einigen Jahren setzen europäische Geberländer starke Hoffnungen in die partnerschaftliche Budgethilfe. Bei diesem makroökonomischen Instrument werden Gelder direkt in das Staatsbudget der Empfängerländer einbezahlt und mit Leistungsvorgaben (wie zum Beispiel, die Einschulungsquote von Mädchen zu erhöhen) verknüpft. Es belässt die Entwicklungsagenda in der Verantwortung der Partnerregierung und erlaubt gleichzeitig, diese mitzugestalten. Ein im Jahr 2006 erschienener Evaluationsbericht des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC) kam zu verhalten positiven Resultaten, wies aber warnend darauf hin, dass Budgethilfe kein «Allheilmittel» sei. So sei es wichtig, andere Formen der Hilfe – wie zum Beispiel Projekthilfe – weiterzuführen.

Seither ist es um die Budgethilfe stiller geworden. Ihre Möglichkeiten und Grenzen scheinen ausgelotet zu sein. Wie Richard Gerster, Schweizer Entwicklungsökonom und Publizist, im Gespräch erklärt, setzt die Budgethilfe geeignete Rahmenbedingungen voraus. Dann erlaubt sie den Gebern, sich für einen wirksamen Einsatz nicht nur der Hilfe, son-



In Moçambique wird Budgethilfe eingesetzt, um unter anderem das Wirtschaftsklima zu verbessern.

GRANT NEUBURG / REUTERS

dern der Verteilung der gesamten öffentlichen Mittel starkzumachen. So können sie im Gespräch mit der Regierung beispielsweise den Kampf gegen die Korruption thematisieren. Die Budgethilfe bietet aber nicht nur Chancen. Im Gegenteil: Es lauert auch Gefahren.

Ein Risiko der Budgethilfe besteht laut Gerster darin, dass sich Geber und Regierung im Verhandlungsprozess an technischen Details festkrallen und die Chance verpassen, sich grundlegende strategische Fragen zum Thema zu stellen. Zudem sei es schwierig, die unterschiedlichen Prioritäten der Gesprächspartner unter einen Hut zu bringen. Durch den grossen Druck, Erfolge auszuweisen, orientierten sich die von der Regierung definierten Zielvorgaben

DAS 8. MILLENNIUMSZIEL

Im 8. Millenniumsziel der Uno verpflichteten sich die Industrieländer, die Entwicklungsländer bei der Zielerreichung zu unterstützen, indem sie unter anderem mehr finanzielle Mittel bereitstellen. Eine alte Vorgabe der Uno ist es, die Hilfe auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erhöhen. Nach dem Nationalrat stimmt am Dienstag auch der Ständerat über die Botschaft des Bundesrates über die internationale Zusammenarbeit 2013–2016 ab, die eine Erhöhung des Entwicklungsbudgets auf 0,5 Prozent des BNE vorsieht. Damit würde sich die Schweiz im Mittelfeld der OECD-Staaten positionieren.

demnach allzu oft an deren Messbarkeit und nicht an den vorhandenen Bedürfnissen. Weiter bestehe durch die Budgethilfe die Gefahr, dass die Regierung über ihr Tun und Lassen in erster Linie gegenüber den Gebern Rechenschaft ablege anstatt gegenüber der Zivilgesellschaft oder dem Parlament, sagt der Entwicklungsökonom weiter. Dem könne entgegengewirkt werden, indem die Geber einem Ausbau des Informationsflusses an das Parlament Vorrang einräumen und nicht zusätzliche Informationen verlangen.

Budgethilfe wird in der Regel an die Zentralregierung ausbezahlt. Es braucht gemäss Gerster spezielle Vorkehrungen, damit sie positive und nicht negative Wirkungen auf den Dezentra-

lisierungsprozess hat. Grundsätzlich könne sie auch für dezentrale Körperschaften wie Gemeinden angewendet werden, ein gewisses Mass an Autonomie sei dafür aber Voraussetzung.

Investition in Dialog

Auch die Schweiz leistet Budgethilfe. Ihr Anteil am Entwicklungsbudget machte 2011 drei Prozent aus. Durchgeführt wird sie vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza). Dabei leistet die Deza sektorielle Budgethilfe – Hilfe, die für einen ausgewählten Bereich der staatlichen Tätigkeit bestimmt ist – und das Seco in der Regel generelle Budgethilfe. Laut dem Seco wird diese immer von technischer Hilfe im Bereich des öffentlichen Finanzwesens begleitet. Gerster lobt den helvetischen Umgang mit der Budgethilfe insofern, als die Gelder nicht einfach mit möglichst wenig Aufwand placiert würden. Budgethilfe sei kein Blankocheck. Vielmehr investiere die Schweiz in den Dialog, um die entwicklungspolitischen Prioritäten im Sinne der Armutsbekämpfung nachhaltig zu beeinflussen.

Derzeit leistet die Schweiz in Burkina Faso, Ghana, Vietnam, Tansania und Moçambique Budgethilfe. In diesen Partnerländern ist sie das Rückgrat eines breit gefächerten Kooperations-Portfolios. In Moçambique wurde das Instrument bereits 1996 eingesetzt. Die Schweiz gehörte damals zu den ersten vier Geberländern. Die starke Koordination innerhalb der heute mit 19 Mitgliedern weltweit grössten Gebergruppe führt Gerster als positives Resultat der Budgethilfe an. Was die Armutsbekämpfung betreffe, so könnten die ausgewiesenen Erfolge besser sein. Armutsbekämpfung sei ein Prozess, der viel Geduld brauche, so Gerster. Dabei hänge der angestrebte Fortschritt nicht nur vom Geld der Geber, sondern auch von einer gleichgerichteten Handels- und Finanzpolitik und namentlich vom politischen Willen der Partnerländer ab. Geld ist zwar laut Gerster nicht gleich Entwicklung, aber «ohne Geld geht nichts».

Kulturelle Bestandesaufnahme

Liste des immateriellen Kulturerbes veröffentlicht

Bund und Kantone haben ein Inventar der schweizerischen Traditionen und Brauchtümer zusammengestellt. Einige davon sollen Unesco-Welterbe werden.

maa. Bern · Der Berner Bär ist drauf, ebenso das Sechseläuten, die Landsgemeinden, der Marronivverkäufer und natürlich auch das Alphorn: 167 Eintragungen umfasst die Liste der «lebendigen Traditionen», die das Bundesamt für Kultur (BAK) am Montag vorgestellt hat. Aus allen Ecken des Landes sind das für die Schweiz typische Brauchtum, Musikleben, Handwerk sowie die mündlichen Überlieferungen zusammengetragen worden.

Dabei ist die Bezeichnung «lebendige Traditionen» die Übersetzung des etwas technischen Unesco-Begriffs des «immateriellen Kulturerbes». Die Unesco-Sonderorganisation will unter diesem Titel ihr Welterbe-Label ergänzen, das sie bisher nur an Kultur- oder Naturstätten vergeben konnte. Das kulturelle Erbe der Menschheit, so das Argument, umfasse mehr als nur Landschaften und gebaute Monumente.

Die Schweiz hat 2008 die Unesco-Konvention über das immaterielle Kulturerbe ratifiziert. Damit einher ging die Verpflichtung, ein nationales Inventar zu erstellen. «Uns war klar, dass wir das nicht von einem Büro in Bern aus machen können», erklärte BAK-Direktor Jean-Frédéric Jauslin. Also hat das BAK die Kantone gebeten, Vorschläge für die Liste einzureichen.

Auf dieser finden sich nun neben Klassikern wie dem Unspunnenfest oder der Lötschentaler «Tschägättä» auch Unerwartetes, so der Genfer Comic oder der Töfftreff auf dem Hauenstein. Vieles ist nur lokal bekannt, doch einzelne Eintragungen – etwa der Jass oder das Fondue – gelten für die ganze Schweiz. Auch findet sich Bedrohtes (z. B. das Unterwalliser Patois) neben Traditionen, die wohl auch ohne besonderen Schutz weiterleben werden (etwa die Basler oder Luzerner Fasnacht).

Doch was die Liste schliesslich bezwecken soll, scheint noch nicht ganz klar zu sein. Lebendige Traditionen zeichnen sich ja eben dadurch aus, dass sie gelebt werden müssen und nicht in einem starren Inventar konserviert werden können. Das scheinen auch die Projektmitarbeiter so zu sehen: Der Leiter des Obwaldner Kulturamts etwa, Christian Sidler, brachte aus seinem Kanton einen alten Milchtrichter mit. Dieses materielle Kulturobjekt, so Sidler, könne im Museum über Jahrhunderte erhalten bleiben. Der damit verbundene Brauch – der Innerschweizer Betruf – sei hingegen verloren, wenn er von den Menschen nicht mehr ausgeübt werde.

Immerhin werden die Schweizer Traditionen wohl bald die internationale Bühne betreten. In den nächsten Jahren werde der Bundesrat Bewerbungen für die Unesco-Liste einreichen, kündigte Jauslin an. Er sprach von einer bis etwa vier Kandidaturen – eine Auswahl zu finden, mit der alle Regionen zufrieden sind, dürfte also schwierig werden.

www.lebendige-traditionen.ch

Respekt vor politischem Gegner

Jugendliche üben sich anhand fiktiver Fragen in der Debatte

Zeitgleich mit dem Beginn der Herbstsession treten Jugendliche ans Mikrofon. In spielerischem Rahmen wird debattiert – auch Politiker kommen dabei zu Wort.

scm. Bern · Appenzell wird gemeinhin mit Käse, Natur sowie dem charakteristischen Dialekt in Verbindung gebracht. Als potenzieller Hauptsitz der Bundesverwaltung und des Parlaments wird Appenzell dagegen eher selten genannt. Die Frage, ob Appenzell die Hauptstadt der Schweiz werden soll, war am Montag Gegenstand einer Debatte. Zeitgleich mit dem Beginn der Herbstsession der eidgenössischen Räte wurde auf diese Weise das diesjährige Projekt «Jugend debattiert» lanciert. Die Nationalräte Cédric Wermuth (sp., Aargau) und Lukas Reimann (svp., St. Gallen) debattierten mit der Gymnasiastin Andrea Schlatter, Siegerin des Wettbewerbs «Jugend debattiert» 2011, und der Studentin Nada Woodtli, Finalteilnehmerin im Jahr 2001.

Erst kurz vor der Debatte wird per Los entschieden, welche Position die Teilnehmer zu vertreten haben: Wermuth setzt sich mit Woodtli für eine Hauptstadt in der Ostschweiz ein, Reimann und Schlatter vertreten die Gegenseite. Das Auslösen der Pro- und der Contra-Seite fördere den Respekt und das Verständnis für den politischen Gegner, sagt Christian Metzger vom Dachverband Schweizer Jugendparlamente. Die 18-jährige Andrea Schlatter bevorzugt es, für die aus ihrer Sicht «fremde»

Seite Argumente zu finden: «Ich bin gezwungen, mich intensiv mit dieser Sichtweise auseinanderzusetzen.» Die eigene Überzeugung komme dagegen oft emotional zustande. «Es ist schwierig, ein Gefühl zu begründen», sagt sie.

Damit die Teilnehmer fundierte Argumente vorbringen können, erhalten sie eine kurze Vorbereitungszeit. Währenddessen erörtert Rapper Lo Häberli die Frage nach der Notwendigkeit einer neuen Nationalhymne musikalisch. Schliesslich spielt die Musik auf dem Podium: «Appenzell verkörpert Werte wie Bescheidenheit und Bodenständigkeit», so eröffnet Wermuth die Debatte. Bern werde dagegen immer mehr zu einer Gefahr, was man an den vielen Demonstrationen sehe.

Seine Gegenspielerin Schlatter wirft die Frage auf: «Wie sollen rund 37 000 Staatsangestellte in einem Dorf mit 6000 Einwohnern untergebracht werden?» Gemäss Woodtli ist eine Ernennung zur Hauptstadt für Appenzell mit Chancen verbunden, da mehr in die Infrastruktur investiert würde. Überdies hätten Politiker Zugang zu einem Naherholungsgebiet, würde die Session in Appenzell stattfinden. In einem Punkt sind sich die Debattierenden einig: Die Landschaft im Appenzellischen sei einzigartig. Deshalb sollte die Natur nicht mit der Verwallung «verschandelt» werden, sagt Reimann augenzwinkernd.

Die Teilnehmer liefern sich einen munteren Schlagabtausch und haben sichtlich Spass an der Sache. Am Schluss ist Reimann voll des Lobes für die jungen Teilnehmerinnen: «Sie diskutieren wie Politiker, wenn nicht sogar besser.»

Vier neue Träger des Balzan-Preises

Klima, Genetik, Musik und Recht

(sda) · Vier Wissenschaftler erhalten die mit je 750 000 Schweizerfranken dotierten Balzan-Preise 2012. Geehrt werden der Klimaforscher Kurt Lambeck von der Australian National University, der Genetiker David Baulcombe von der University of Cambridge, der Rechtsphilosoph Ronald Dworkin von der New York University und der Musikwissenschaftler Reinhard Strohm von der University of Oxford. Dies hat die Balzan-Stiftung mit Sitz in Zürich und Mailand am Montag mitgeteilt. Lambeck erhält den Preis für «Wissenschaften der festen Erde», weil seine Erkenntnisse laut der Stiftung die Klimaforschung verändert haben – insbesondere das Verständnis davon, wie die Landhebung nach der Eiszeit und mit der Veränderung des Meeresspiegels zusammenhängt. Baulcombe wird für seine grundlegenden Beiträge zum Verständnis der Epigenetik und ihrer Rolle in der Entwicklung von Zellen und Geweben geehrt. Unter Epigenetik versteht man all jene Mechanismen, welche Gene an- und abschalten, hemmen und regulieren.

Dworkin erhält den Preis für «Theorie und Philosophie des Rechts». Seine Beiträge befänden sich in produktiver Wechselwirkung mit politischen und ethischen Theorien sowie der Praxis, schreibt die Balzan-Stiftung. Strohm wiederum wird für seine Forschung zur europäischen Musikgeschichte ausgezeichnet. Gelobt wird deren Einbettung in die kultur- und sozialhistorische Entwicklung vom Mittelalter bis in die Jetztzeit.